



STADT LAND ALKOHOL

LEITFADEN FÜR EINE ERFOLGREICHE
LOKALE ALKOHOLPOLITIK

MATERIALIEN
M8



LWL

Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung sind vorbehalten.
Wenn Sie die angehängten Instrumente nutzen möchten, nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf.

Herausgeber

© Landschaftsverband Westfalen-Lippe
LWL-Koordinationsstelle Sucht
Warendorfer Straße 27, 48145 Münster
www.lwl-ks.de

Text

Hans Grösbrink, Drensteinfurt

Bearbeitung

André Boße, Köln (www.ag-text.de)

Redaktion

Doris Sarrazin, Wolfgang Rometsch, Mathias Speich
LWL-Koordinationsstelle Sucht, Münster

Bildnachweis

LWL-Koordinationsstelle Sucht

Gunther Richter /pixelio.de, Umschlag (o.l.)

Rhoberazzi /istockphoto.de, Umschlag (o.r.)

Hartmut910 /pixelio.de, Umschlag (u.l.) und S. 10

Nik Style /pixelio.de, S. 4 • Thomas Max Mueller /pixelio.de, S. 5

uwe Schlick /pixelio.de, S. 6 • Karl heinz laube /pixelio.de, S. 7

Gerhard Giebener /pixelio.de, S. 8 • Alexander Hauk /pixelio.de, S.

9Rosemarie Doll /pixelio.de, S. 12 • jorma bork /pixelio.de, S. 15

flown /pixelio.de, S. 17

Jetti Kuhlemann /pixelio.de, S. 19 • CFalk /pixelio.de, S. 21

ionn Große /pixelio.de, S. 22 • Uli Carthaeuser /pixelio.de, S. 23

Claudia Hautumm /pixelio.de, S. 25 • Heinz Hirsch /pixelio.de, S. 27

GG–Berlin /pixelio.de, S. 28 • Lupo /pixelio.de, S. 29

Stadt Rastatt. S. 31

Gestaltung und Druck

Druckverlag Kettler GmbH, Bönen (Westf.)

1. Auflage: 500

Münster 2013

LWL-Koordinationsstelle Sucht

Tel.: +49 251 591-3268

Fax: +49 251 591-5499

E-Mail: kswl@lwl.org

STADT LAND ALKOHOL

LEITFADEN FÜR EINE ERFOLGREICHE
LOKALE ALKOHOLPOLITIK

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	2
ALKOHOL IN DEUTSCHLAND	7
LOKALE ALKOHOLPOLITIK	
Einführung	8
Das Konzept	11
So funktioniert es	13
An vielen Orten gleichzeitig	20
Warum sie funktioniert	26
Von den Erfahrungen anderer profitieren	28
DIE STADT RASTATT	30
WIR UNTERSTÜTZEN SIE	32
LINKS ZU WEITEREN INFORMATIONEN	34
FÜR DIE PRAKTISCHE UMSETZUNG	
Eingrenzung von Problemfelder	35
Erkennen von Schlüsselpersonen	36
Erhebung der Ist-Situation	38
Ziele und Maßnahmen	44
Evaluation	46

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,



FOTO: NIK STYLE /PIXELIO.DE

Die eine Seite ist das gute Glas Wein zum Essen und die kühle Flasche Bier beim Plausch mit dem Nachbarn. Zum Feiern gehört das Gläschen Sekt wie der Glühwein zum Weihnachtsmarkt. Die Geselligkeit am Bierstand auf dem Schützenfest und das schnelle Schnäpschen im Straßenkarneval stehen für positive Gefühle.

Keine Frage, Alkohol ist in Deutschland Teil der Kultur. Er hat Tradition, auch in der Herstellung, wie die Weinberge am Rhein, die vielen alten Brauereien und Brennereien zeigen. Für viele Menschen steht der maß- und verantwortungsvolle Konsum von Alkohol für Genuss und Entspannung.

Das ist die eine Seite.

Die andere Seite – das sind alkoholranke Menschen und Jugendliche, die mit einer Alkoholvergiftung in die Klinik eingeliefert werden. Das sind aber auch Glasscherben auf den Spielplätzen und zerstörte Bus-Wartehäuschen, Lärmbelästigungen und Schlägereien unter Angetrunkenen, Verkehrsunfälle mit Beteiligung alkoholisierter Fahrer und aufwendige Polizeieinsätze. Dies sind nur einige der Nebenwirkungen, die maßloser Alkoholkonsum haben kann. Er verursacht auch individuelles und stilles Leid. Die Zeche im öffentlichen Raum zahlen die Kommunen – die zudem darunter leiden, dass die Lebensqualität sinkt.

Es kommt daher für die Gemeinden und Städte darauf an, das gesunde Mittelmaß zu finden. Der Genuss von alkoholischen Getränken soll auch weiterhin möglich sein, keiner will ihn verbieten. Es gibt aber auch das Ziel, die negativen Begleiterscheinungen auf ein Minimum zu reduzieren. Daran arbeiten in den Kommunen schon heute verschiedene Akteure: das Jugend- und das Ordnungsamt, die Polizei und die Suchthilfe. Häufig sind auch einzelne Schulen und Vereine aktiv. Was jedoch in der Regel fehlt, ist eine gemeinsame Strategie, eine Kooperation aller, in der Probleme erkannt und Lösungen gesucht werden.

Was fehlt, ist eine Lokale Alkoholpolitik, die so selbstverständlich und erfolgreich ist wie eine lokale Kultur-, Wohn- oder Verkehrs-

politik. Die Fachkräfte von der LWL-Koordinationsstelle Sucht helfen Kommunen dabei, eine solche Lokale Alkoholpolitik zu entwickeln, umzusetzen und nachhaltig zu verankern. Wie das geht und welche Schritte dafür nötig sind, zeigt Ihnen dieser Leitfaden. Uns freut es, wenn Sie nach der Lektüre Interesse haben, in Ihrer Kommune einen Prozess in Gang zu setzen, der sich dem Thema Alkohol neu und ganzheitlich widmet.

Denn Ihr Ziel ist auch unser Ziel: Die positive Seite des Alkoholkonsums zu bewahren – aber entschieden etwas gegen die Nebenwirkungen zu unternehmen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Hans Meyer
Landesrat
LWL-Landesjugendamt, Schulen, Koordinationsstelle Sucht



FOTO: THOMAS MAX MUELLER /PIXELIO.DE



ALKOHOL IN DEUTSCHLAND

ZU BEGINN EIN PAAR ZAHLEN (STAND: 2011)

- Durchschnittlich trinkt jeder Deutsche pro Jahr 137,2 Liter alkoholische Getränke. Das entspricht ziemlich genau einer randvoll gefüllten Badewanne. Runtergerechnet auf reinen Alkohol sind es 9,6 Liter, das Fassungsvermögen eines üblichen Putzeimers.
- Rund zwei Millionen Deutsche konsumieren Alkohol missbräuchlich – das heißt, der Konsum führt zu sozialen, psychischen oder körperlichen Schäden.
- Rund 1,3 Millionen Deutsche sind alkoholabhängig – also suchtkrank.
- Im Jahr 2011 wurden 26.349 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 20 Jahren wegen einer Alkoholvergiftung im Krankenhaus behandelt. Die Tendenz ist seit Jahren steigend.
- Jährlich werden rund 74.000 Todesfälle dem Konsum von Alkohol zugeschrieben.
- Die Kosten von Behandlungen von Krankheiten, die durch Alkoholkonsum entstehen, beziffern sich auf rund 26,7 Milliarden Euro pro Jahr.
- Bei jährlich mehr als 15.000 Unfällen im Straßenverkehr ist Alkohol im Spiel.
- Rund 277.000 mutmaßliche Kriminaltäter standen 2011 unter Alkoholeinfluss.
- Mehr als 47.000 Gewalttaten wurden 2011 unter Alkoholeinfluss vorgenommen.



FOTO: KARL HEINZ LAUBE /PIXELIO.DE

ALKOHOL UND DIE GESUNDHEIT

Die gesundheitlichen Folgen des Alkoholkonsums werden noch immer häufig bagatellisiert oder ignoriert. Dabei ist Alkohol – selbst bei mäßigem Konsum – für bis zu 60 verschiedene Krankheiten verantwortlich. Krebs-, Herz- und Kreislauferkrankungen, Immunstörungen oder Erkrankungen des Knochenbaus und der Muskulatur sind da nur Beispiele. Hinzu kommen geistige und psychische Schädigungen. Natürlich steigt das Risiko, alkohol-

bedingt zu erkranken, bei hohem Alkoholkonsum. Doch einen komplett risikofreien Alkoholgenuss gibt es selbst bei Konsum in „normalen“ Mengen nicht. Denn: Alkohol ist eine toxische Substanz, ein Zellgift, das Körperorgane und Nervenzellen schädigt.

EINFÜHRUNG



FOTO: GERHARD GIEBENER /PIXELIO.DE

HANDELN, WO DIE MENSCHEN LEBEN

Das Thema Alkohol besitzt immer eine lokale Dimension. In einem kleinen Dorf gibt es andere Probleme als in einer größeren Stadt. Jeder Ort hat eigene Feste und Brauchtümer. Auch unterscheiden sich die Szenen – je nachdem, ob es vor Ort zum Beispiel eine Diskothek, öffentliche Plätze oder soziale Brennpunkte gibt.

Eine effektive Alkoholpolitik handelt daher dort, wo die Menschen leben. Und sie wird entsprechend passgenau umgesetzt, um den unterschiedlichen Situationen in den Ortsteilen gerecht zu werden. Daher kann sie nur dann gezielt und zeitnah auf Vorkommnisse und Gegebenheiten reagieren, wenn sie vor Ort alle Beteiligten mit ihren Einblicken und Handlungsmöglichkeiten einbezieht.

VORTEIL DURCH BÜRGERNÄHE

Menschen reagieren auf Ereignisse aus ihrem direkten Umfeld wesentlich sensibler, als auf Geschehnisse in weit entfernten Regionen. Das gilt auch beim Thema Alkohol: Neue Studien oder parlamentarische Beschlüsse sind weit weg. Alkoholexzesse in weiter entfernten Städten auch. Das Interesse steigt jedoch sprunghaft, wenn Probleme direkt in der Kommune augenfällig werden. Dann machen gezielte Kampagnen und

Maßnahmen vor Ort neugierig. Wer sich den konkreten Fragen stellt und nach Lösungen sucht, spricht damit die Menschen direkt an und sorgt dafür, dass sich die Bürger mit ihren Problemen ernst genommen fühlen.

FÜR WAS STEHT LOKALE ALKOHOLPOLITIK?

Viele Kommunen engagieren sich seit Jahren in der Alkoholprävention und im Jugendschutz. Sie arbeiten dabei sehr häufig eng mit den örtlichen Trägern der Suchtberatung sowie der Jugendhilfe zusammen. Nun geht es darum, diese einzelnen Projekte zu einer Politik aus einem Guss zu gestalten: Lokale Alkoholpolitik versteht sich als eine Strategie, die auf dem aufbaut, was bereits getan wurde. Die Idee ist es, die einzelnen Akteure zu vernetzen, ihr Know-how zu nutzen und einen klaren Handlungsauftrag zu formulieren.

DAS ZIEL

Lokale Alkoholpolitik möchte in den Kommunen einen Politik- und Strategiewechsel für den Umgang mit Alkohol und alkoholbedingten Problemen auslösen. Um das zu erreichen, gibt sie den Akteuren in den Kommunen Methoden und Werkzeuge an die Hand. Zudem schafft sie für die Alkoholpolitik einen Stellenwert, wie ihn auch andere Politikfelder besitzen – von der Abfall- und Verkehrs- bis hin zur Bau- oder Kulturpolitik.

Bestimmt wird die Lokale Alkoholpolitik von den Bedürfnissen der jeweiligen Stadt oder Gemeinde. Die kommunale Politik hat die Federführung bei der Entwicklung ihrer Lokalen Alkoholpolitik. Wichtig für alle, die schon etwas tun: Lokal bereits erfolgreiche Präventionsangebote fallen nicht über Bord, sondern werden in das Konzept integriert.



FOTO: ALEXANDER HAUKE /PIXELIO.DE



FOTO: HARTMUT910 /PIXELIO.DE

Konkret geht es bei der Lokalen Alkoholpolitik darum, folgende Ziele zu erreichen:

- den problematischen Konsum von Alkohol in der Kommune reduzieren – insbesondere bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen,
- die Begleiterscheinungen des öffentlichen Konsums von Alkohol eindämmen – dazu zählen Lärm und Unfälle, Gewalt und Vandalismus,
- die Bürgerinnen und Bürger für die gesundheitlichen Risiken durch Alkoholkonsum sensibilisieren,
- die Verkehrssicherheit verbessern,
- die Einhaltung des Jugendschutzes kontrollieren,
- die Wohn- und Lebensqualität in den Kommunen verbessern.

DIE ZIELGRUPPE

Das Konzept der Lokalen Alkoholpolitik richtet sich an Gemeinden, Städte und Kreise. Diese sollten bereit sein, sich ...

- ... auf lokaler Ebene intensiver mit riskantem und schädlichem Alkoholkonsum und seinen Folgen auseinanderzusetzen,
- ... nach neuen Wegen zu einer umfassenden Alkoholprävention zu suchen,
- ... dieses Konzept kontinuierlich und politisch legitimiert auf der kommunalpolitischen Agenda zu verankern.

Es gibt zwei Formen der Prävention, die häufig als Entweder-oder-Präventionen verstanden werden: auf der einen Seite die Verhaltens-, auf der anderen Seite die Verhältnisprävention.

DAS KONZEPT

Das Besondere des Konzepts Lokale Alkoholpolitik: Es kombiniert diese beiden Ansätze und setzt auf die Synergie ihrer jeweiligen Möglichkeiten.

VERHALTENSPRÄVENTION ...

... schaut auf den persönlichen Lebensstil eines Menschen. Sie sucht dort nach riskanten und gesundheitsschädlichen Verhaltensweisen und versucht, diese durch Informationen und pädagogische Maßnahmen positiv zu beeinflussen.

VERHÄLTNISPRÄVENTION ...

... stellt das Lebensumfeld der Menschen in den Fokus. Sie sucht nach sozialen, ökonomischen, kulturellen, organisatorischen und rechtlichen Bedingungen, die zu Benachteiligungen führen, und versucht, diese zu verbessern.

Gelingt es den Kommunen, beide Ansätze erfolgreich zu verbinden, ergibt sich eine Vielfalt präventiver Möglichkeiten. Zum Beispiel mit Blick auf den Alkoholkonsum von Jugendlichen: Während verhaltenspräventiv die persönliche Entwicklung und Bildung der jungen Menschen verbessert werden, können gleichzeitig verhältnispräventiv Maßnahmen eingeleitet werden.

Und hier sind Politik und Verwaltung der Städte und Gemeinden am Zug. Häufig sind sich die Kommunen gar nicht bewusst, wie viele Handlungsoptionen sie in dieser Hinsicht besitzen. Dazu zählen einerseits repressive und restriktive Maßnahmen: Wer erhält Einlass bei örtlichen Veranstaltungen, bei denen der Alkoholkonsum dazu gehört? Wie kann der Verkauf und der Ausschank von Alkohol im Sinne des Jugendschutzes kontrolliert werden? Es geht parallel aber auch darum, die Lebensverhältnisse in der Stadt oder Gemeinde insgesamt zu verbessern – damit Jugendliche zum Beispiel etwas Besseres zu tun haben, als abends auf Spielplätzen rumzuhängen und zu trinken.



SO FUNKTIONIERT ES

Kommunen beginnen häufig dann über das Konzept einer Lokalen Alkoholpolitik nachzudenken, wenn die Probleme mit riskantem und gefährlichem Alkoholkonsum in der Stadt oder Gemeinde unübersehbar geworden sind.

STARTPUNKT FÜR DEN PROZESS

Dies ist der Fall, wenn folgende Anzeichen beobachtbar sind:

- Es wird offensichtlich, dass immer mehr Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene riskante Mengen Alkohol konsumieren – zum Beispiel durch Zunahme von Klinik-Einlieferungen wegen Alkoholvergiftung.
- Vandalismus und Müllberge auf öffentlichen Plätzen lassen sich auf Trinkgelage zurückführen.
- Bei Vereins- und Volksfesten nehmen die alkoholbedingten Ausschreitungen zu.
- Immer mehr Anlieger beklagen sich bei solchen Festen über alkoholbedingte Ruhestörungen.
- Mehr Gewalttaten unter Alkoholeinfluss werden verübt.
- Berichte von alkoholisierten Schülern im Unterricht, auf Klassenfahrten oder auf Schulveranstaltungen wie Abiturfeiern.

Dieser Problemdruck führt dazu, dass die Kommunen die Wirksamkeit bisheriger Präventionsmaßnahmen in Frage stellen. Dieser Zeitpunkt ist in der Regel ein guter Moment, um das Konzept einer Lokalen Alkoholpolitik in Gang zu setzen.



WIE WIRD LOKALE ALKOHOLPOLITIK UMGESETZT?

Das Konzept ist bereits praxiserprobt. In Kommunen in der Schweiz, Baden-Württemberg und Westfalen hat sich gezeigt, dass sich der Ansatz optimal in sechs Schritten entwickeln und umsetzen lässt:



1. Thematisierung und politischer Beschluss

Die Kommune setzt das Thema auf die politische Agenda und berät die Situation. Die politischen Gremien beschließen die Entwicklung der Lokalen Alkoholpolitik – wobei die relevanten Organisationen und Schlüsselpersonen unbedingt daran beteiligt werden. Daraufhin erhält die Verwaltung einen klaren Auftrag. Die Steuerung des Prozesses wird einem oder mehreren Verantwortlichen der Verwaltung oder des Rats übertragen; sie kann aber auch von einer vom Rat beauftragten Fachkraft übernommen werden.

★ Wichtig:

- Das Thema Lokale Alkoholpolitik sollte unbedingt regelmäßig auf der politischen Tagesordnung stehen.
- Besonders wirkungsvoll ist die Prozesssteuerung, wenn sie unter der Federführung einer hochrangigen politischen Persönlichkeit erfolgt (z. B. Bürgermeister oder Wahlbeamter).

💡 Tipp:

Die LWL-Koordinationsstelle Sucht berät, informiert und unterstützt die Kommunalpolitik bei der Vorbereitung des politischen Beschlusses. Auch bei der Initiierung und Durchsetzung des Prozesses ist die LWL-Koordinationsstelle Sucht auf Wunsch als Begleiterin dabei. Fragen Sie uns doch einfach!

2. Bildung einer Steuerungsgruppe

Das wesentliche Merkmal des Konzepts: Alle in der Kommune tätigen Institutionen und Organisationen sind – vertreten durch Schlüsselpersonen – in der Steuerungsgruppe vertreten: Rat und Verwaltung, Schulen und Vereine, Elterninitiativen und Träger der Jugendarbeit, Handels- und Gaststättenverbände, Polizei und Suchthilfe. Auf diese Weise entsteht eine Vernetzung der Akteure – wobei es wichtig ist, dass die Verantwortungen und Zuständigkeiten von Beginn an eindeutig verteilt sind.

★ Wichtig:

- Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Steuerungsgruppe die politischen Gremien kontinuierlich über die Ergebnisse ihrer Arbeit informiert. Dann fühlt sich die Politik gut unterrichtet – und bleibt bei der Sache.



FOTO: JORMA BORK /PIXELIO.DE

3. Situationsanalyse und Bedarfserhebung

Die Arbeit der Steuerungsgruppe beginnt mit der Analyse des Ist-Zustandes: Die Teilnehmer beschreiben die Situation vor Ort und geben eine Einschätzung der Probleme. Damit ein genaues Bild über den Handlungsbedarf entsteht, nimmt die Steuerungsgruppe eine differenzierte Situationsanalyse und Bedarfserhebung vor. Wichtig ist auch eine Bestandsaufnahme



bereits bestehender Präventions- und Jugendschutzmaßnahmen zum Thema Alkohol.

Folgende Leitfragen bieten sich für die Situationsanalyse an:

- Welche Probleme nehmen die unterschiedlichen Gruppen und Schlüsselpersonen wahr? Worin unterscheiden oder gleichen sich diese Probleme?
- Welche Bedürfnisse haben die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen?
- Gibt es bereits Lösungsoptionen, um die Situation zu verbessern?
- Welche verhaltens- und verhältnispräventiven Maßnahmen gibt es bereits – und wie wirkungsvoll sind sie?

⚙ Methode:

Die Situationsanalyse kann mit Hilfe eines Fragebogens oder durch Einzel- und Gruppeninterviews mit Jugendlichen, Multiplikatoren und Schlüsselpersonen erfolgen. Es ist zudem hilfreich, auf das Wissen weiterer Quellen zurückzugreifen. Dazu zählen Sozial- und Gesundheitsberichte, Studien der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Polizeiberichte und Kriminalitätsstatistiken sowie Daten des Ordnungsamtes.

★ Wichtig:

- Es ist empfehlenswert, dass eine externe Fachkraft die Situations- und Bedarfsanalyse vornimmt oder zumindest begleitet.
- Es hat positive Auswirkungen auf die Legitimation des Projekts, wenn im Zuge der Situationsanalyse viele Fachkräfte und Bürger zu Wort kommen. Aber Achtung: Schon dieses Analyse stellt eine Intervention dar, weil das Thema in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt wird und damit Debatten ausgelöst werden.

Nach der Analyse:

Die Steuerungsgruppe informiert das zuständige politische Gremium über die Ergebnisse. Dadurch erhält die Kommunalpolitik ein aktuelles und authentisches Bild der örtlichen Situation – und damit ausreichend Informationen für die politische Gestaltung.

💡 Tipp:

Für die Durchführung der Situationsanalyse stehen erprobte methodische Erhebungsinstrumente zur Verfügung. Im Auftrag der LWL-Koordinationsstelle Sucht hat die Kölner Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich (FOGS) sechs Instrumente entwickelt, mit denen die Ist-Situation für den Bereich Lokale Alkoholpolitik erfasst werden kann. Sie finden diese Instrumente im Anhang dieser Broschüre.

4. Maßnahmenplan entwickeln und beschließen

Die Ergebnisse der Situationsanalyse und der Bedarfserhebung bilden die Grundlage für den Maßnahmenplan. Die Steuerungsgruppe entwickelt ihn und legt ihn dem Rat vor. Das politische Gremium beschließt den Maßnahmenplan und stellt die notwendigen Mittel zur Verfügung.

Um zu erkennen, welche Maßnahmen die richtigen sind, ist es hilfreich, sich früh über bereits erprobte und evaluierte Programme der Alkoholprävention zu informieren. So können Kommunen durch Best-Practice-Beispiele von den Erfahrungen anderer profitieren. Bei den Überlegungen, einen geeigneten Maßnahmenplan aufzustellen, helfen folgende Fragen:

- Welche Ziele sollen erreicht werden?
- Welche Maßnahmen und Projekte sollen konkret umgesetzt werden?
- Gibt es dabei Maßnahmen, die oberste Priorität besitzen?
- Welche Ressourcen sind vorhanden oder werden benötigt – und zwar im Hinblick auf Personal, Zeit, Geld und Fachkompetenz?
- Wie und in welcher zeitlichen Abfolge werden welche Maßnahmen umgesetzt, kurz-, mittel- oder langfristig?

★ Wichtig:

- Über den Erfolg einer Lokalen Alkoholpolitik entscheidet nicht eine möglichst lange Liste einzelner Maßnahmen und Kampagnen. Entscheidend ist, dass es gelingt, einen Maßnahmenplan aus einem Guss zu entwickeln. Dabei kann es hilfreich sein, diesen Plan in eine Rahmeninitiative zu integrieren.



FOTO: FLOWN /PIXELIO.DE



Intensive Zweikampfe

Bücherei
Die A / B / C

möchte die Leser in

»Suppen« genießen

ter Handers will in

WARTUNG

zum den

WARTUNG

WARTUNG

5. Umsetzung des Maßnahmenplans

Bis hierhin stand das Konzept nur auf einem Papier. Nun geht es nach dem politischen Beschluss an die Umsetzung. Damit stehen nun tatsächliche Veränderungen an – was erfahrungsmäßig vielfältige Bedenken und passiven Widerstand hervorruft. Entscheidend ist es daher, dass die Kommunalpolitik den Ansatz weiterhin mit klarer Stimme unterstützt. Es ist wichtig, die politischen Gremien regelmäßig und umfassend über die Umsetzungen zu informieren. Zudem sind die Chancen einer erfolgreichen Realisierung dann gut, wenn Fachkräfte und engagierte Bürger gleichberechtigt und eng zusammenarbeiten.

★ Wichtig:

Durch eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sollte die Steuerungsgruppe von Beginn an stark die lokalen Medien einbinden. Wer Presse, Radio und Internet-Medien gut informiert, erhält in der Regel ein positives Medienecho. Diese Berichterstattung verankert den Leitgedanken der Kampagne in der Öffentlichkeit, motiviert die Akteure und erhöht die Akzeptanz in der Bevölkerung.

6. Dokumentation und Verankerung

Es ist nicht Sinn der Sache, die beschlossenen Maßnahmen nur einmalig durchzuführen. Ziel muss es sein, das Konzept und seine Ziele in der Kommune zu verankern. Bedeutsam ist es daher, den politischen Prozess und die Maßnahmen zu dokumentieren und zu evaluieren um festzuhalten: Was war gut? Was hat wie gewirkt? Was kann noch besser gemacht werden?

💡 Tipp:

Für die Auswertung und Beurteilung kommen eine Fremd- oder eine Selbst-Evaluation in Frage. Für beide Formen stehen erprobte Erhebungsinstrumente zur Verfügung. Sie finden diese im Anhang unter der Rubrik „Erhebungsinstrumente FOGS/LWL-Koordinationsstelle Sucht“.

★ Wichtig:

Es bleibt eine zentrale Aufgabe des Gemeinde- oder Stadtrates, die kohärente Alkoholprävention langfristig fortzuschreiben, indem sie die Maßnahmen verankert. Nur so kann eine nachhaltige Lokale Alkoholpolitik entstehen.

AN VIELEN ORTEN GLEICHZEITIG

Lokale Alkoholpolitik liegt das Konzept der multisektoralen und am Setting orientierten Prävention zugrunde. Es geht also nicht darum, als Kommune zum Beispiel eine einzige Großveranstaltung für Jugendliche zu organisieren. Vielmehr steht die Kommune im Hintergrund und koordiniert eine Reihe von Maßnahmen für die diversen Sektoren.

Lokale Alkoholpolitik sollte in folgenden Sektoren und Settings thematisiert werden:

- a) Stadt- und Gemeinderat, Kommunalpolitik
- b) Alkohol im öffentlichen Raum
- c) Feste und Partys
- d) Gastronomie und Einzelhandel
- e) Schule und Eltern
- f) Freizeit und Vereine

a) Stadt- und Gemeinderat, Kommunalpolitik

Wirksame Lokale Alkoholpolitik entsteht, wenn Schlüsselpersonen aus der kommunalen Verwaltung, den Ordnungsbehörden, des Rates sowie der Bereiche Bildung, Erziehung und Soziales eng und ressortübergreifend zusammenarbeiten (siehe dazu das Dokument „Schlüsselpersonen/Erhebungsinstrumente FOGS/LWL-Koordinationsstelle Sucht“ im Anhang).

b) Alkohol im öffentlichen Raum

In der Öffentlichkeit getrunken wird an vielen Orten und zu vielen Anlässen. Nicht immer kontrolliert, häufig riskant und mit gefährlichen Auswirkungen. Die Begleiterscheinungen sind vielfältig: Lärm und Müll, Vandalismus und Gewalt, Ruhestörungen und Belästigungen. Markante Orte sind häufig die öffentlichen Plätze und Grünanlagen, darunter auch Spielplätze.

Breiter Dialog

Der öffentliche Raum ist generell ein Ort, an dem verschiedene Ansprüche, Erwartungen und Bedürfnisse aufeinanderprallen. Wenn einige im Park ihre Ruhe suchen, andere jedoch dort aber abends beim Grillen feiern möchten, sind Konflikte vorprogrammiert – wobei Alkoholkonsum diese Konflikte weiter verschärft. Um für möglichst viele eine hohe Lebensqualität zu erreichen, ist es daher wichtig, einen kultur- und generationsübergreifenden Dialog innerhalb der Bevölkerung zu initiieren. Es hat sich bewährt, alle Beteiligten mit in diesen Dialog einzubeziehen – insbesondere auch die junge Generation. Denn junge Menschen möchten nicht, dass nur über sie geredet wird. Sie möchten als Experten in eigener Sache anerkannt werden.

Regeln für den öffentlichen Raum

Der öffentliche Raum wird entlastet, wenn es feste und umsetzbare Regeln für wichtige Orte wie Schulhöfe, Spielplätze oder den Bahnhof gibt. Doch dürfen diese informellen Treffpunkte für junge Menschen nicht einfach wegfallen; bei Bedarf müssen neue geschaffen werden. Denkbar ist es zudem, pädagogische Instrumente einzusetzen, wenn Jugendliche nach dem Konsum von Alkohol auffällig werden. Dazu gehören zum Beispiel „Blaue Briefe“ an die Eltern bei Vandalismus. Auch ordnungsrechtliche Instrumente wie Bußgelder im Wiederholungsfall können angebracht werden.



FOTO: CFALK /PIXELIO.DE



c) Feste und Partys

Was die Abgabe von Alkohol betrifft, gibt es in Deutschland eine eindeutige Rechtslage:

- Die Abgabe von Alkohol an Jugendliche unter 16 Jahren ist gesetzlich verboten.
- Der Verkauf und Ausschank von Spirituosen und entsprechender Mixgetränke ist erst ab 18 Jahren erlaubt.
- Es ist verboten, Alkohol an offensichtlich Betrunkene auszuschenken.

Kommune kann steuern

Verantwortlich dafür, dass diese Gesetze eingehalten werden, sind die Veranstalter der öffentlichen Feste. Dabei verfügt die Kommune über wirksame Möglichkeiten, diese öffentlichen Feste zu steuern. Sie vergibt die Ausschankerlaubnis an die Veranstalter – und kann diese Erlaubnis mit Auflagen verbinden, die verhindern sollen, dass Jugendliche riskant oder ungesetzlich Alkohol konsumieren.

Folgende weitere Maßnahmen haben sich bewährt, um Schäden zu minimieren und eine alkoholfreie Gegenkultur zu etablieren:

- Einsatz von geschulten Jugendschutzteams,
- Organisation eines Fahrdienstes, der für sichere Heimfahrten sorgt,
- Preiskontrolle, so dass alkoholfreie Getränke deutlich preiswerter als die günstigsten alkoholischen Getränke sind,
- Kontrolle der Einhaltung des Jugendschutzgesetzes durch Ordnungsamt und Polizei,
- Schulung des Theken- und Servicepersonals – auch im Hinblick auf Verhaltensweisen in Konfliktsituationen.

FOTO: FIONN GROSSE /PIXELIO.DE



d) Gastronomie und Einzelhandel

Ein wesentlicher Baustein einer umfassenden Prävention ist die Einhaltung des gesetzlichen Jugendschutzes sowie des Gaststättengesetzes in der Gastronomie und im Einzelhandel. Exzessives so genanntes Binge-Drinking sowie Alkoholvergiftungen können so vermieden werden. Instrumente sind regelmäßige Kontrollen und Testkäufe in Läden, Tankstellen-Shops, Kiosken und Restaurants. Genau so wichtig ist es, das Verkaufs- und Servicepersonal zu schulen und für das Problem zu sensibilisieren. Wirte können motiviert werden, indem man sie ins Boot holt und gemeinsam mit ihnen einen Verhaltenskodex erarbeitet, der den Ausschank von Alkohol und den Umgang mit alkoholisierten Gästen regelt. Schließlich dient ein solcher Kodex auch der angenehmen Atmosphäre in einer Kneipe, einer Bar oder einem Restaurant. Eine öffentlichkeitswirksame Idee: Wirte, die sich zuverlässig für die Einhaltung des Jugendschutzes engagieren, erhalten ein Jugendschutz-Zertifikat, mit dem sie für ihren Betrieb werben können.



FOTO: ULI CARTHAEUSER /PIXELIO.DE

e) Schule und Eltern

Schule

Die Schule ist mehr als ein Ort der Wissensvermittlung: Hier lernen die jungen Menschen ihre Lebenskompetenzen und üben Sozialverhalten ein. Gerade in der Pubertät und Adoleszenz treffen die jungen Menschen auf neue Gruppendynamiken. Dabei hat Alkohol eine große Funktion: Der Konsum regelt nicht selten, wer zu einer Gruppe dazu gehört, und wer nicht. Auch Mutproben spielen eine Rolle. In diesem Bereich hat die Schule einen klaren Auftrag: Schulleitung und Kollegium müssen erstens eine klare Haltung zum Thema Alkohol entwickeln und zweitens die Kinder und Jugendlichen verständnisvoll begleiten. Kurz: Die Aussage „Trinkt mal ruhig“ ist genau so wenig hilfreich wie die Reaktion „Wie könnt ihr nur?“



Für das Setting Schule liegen bereits viele erprobte Präventionsprogramme vor.

Diese Programme ...

- ... vermitteln Lebenskompetenzen wie Strategien zur Problembewältigung,
- ... üben den Umgang mit Gruppendruck ein,
- ... schlagen Inhalte für Info-Veranstaltungen oder pädagogische Tage vor,
- ... stellen stufen- und altersgerechte Unterrichtshilfen zur Verfügung,
- ... bieten einen Risiko-Check, der das Konsummuster von Schülern bewertet.

Eltern

In Artikel 6, Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es:

„Pflege und Erziehung sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“

Erziehung ist also Elternsache. Ihre Vorstellungen sind von zentraler Bedeutung, jedoch benötigen sie häufig Unterstützung und Hilfe, um ihre Aufgaben wahrzunehmen. Elemente einer alkoholpräventiven Elternarbeit sind zum Beispiel:

- Elternberatung und Elternabende,
- Elternratgeber mit passgenauen Informationen,
- umfassende Information durch Lehrer, Sucht- und Erziehungsberater,
- bei Bedarf Vermittlung weiterführender Hilfen.

Entscheidend ist: Es geht dabei niemals nur um das Verhalten der Kinder; Eltern müssen sich immer auch mit ihrer Rolle als Vorbild auseinandersetzen.

f) Freizeit und Vereine

Eine gute Arbeit in Sportvereinen oder Verbänden besitzt gerade für die Freizeitgestaltung von Jugendlichen eine essenzielle Bedeutung. Trainer, Gruppenleiter und Vereinsverantwortliche besitzen

FOTO: CLAUDIA HAUTUMM /PIXELIO.DE



eine wichtige Vorbildfunktion. Sie haben die Chance, im Verein eine alkoholabstinente Kultur vorzuleben. Dazu gehört, dass auch Erwachsene beim Sport keinen Alkohol trinken, in bestimmten Vereinsräumen Alkohol tabu ist und der Jugendschutz eingehalten wird. Auch bei den Vereinen verfügt die Kommune über viele Möglichkeiten, um positiven Einfluss auszuüben. Sie kann zum Beispiel ...

- ... finanzielle Förderungen damit verbinden, dass sich Vereine verpflichten, alkoholpräventive Leitlinien einzuhalten.
- ... Vereine zertifizieren, wenn diese sich verpflichten, einen vereinbarten Kodex einzuhalten.
- ... Schulungen von Trainern und Gruppenleitern zum Thema Alkoholprävention fördern und fordern.
- ... an Vereinsvorsitzende, Trainer und Jugendleiter Präventionshandbücher und Info-Broschüren verteilen.
- ... bei großen Sport- und Freizeit-Events Bannmeilen schaffen, in denen kein Alkohol ausgeschenkt werden darf.

★ Wichtig:

Die Zielgruppe dieser Aktivitäten sind nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern alle Vereinsmitglieder.

WARUM SIE FUNKTIONIERT

Da, wo eine Lokale Alkoholpolitik bereits etabliert ist, zeigt der Ansatz erhebliche positive Effekte. Das belegen die Erfahrungen engagierter Kommunen sowie die Ergebnisse diverser Studien. Aufteilen kann man die Wirkungen in die Bereiche Gesundheit, Prävention und Gemeinwesen:

Gesundheit:

- Viele Menschen reagieren sensibler auf die Risiken durch normalen, riskanten und gefährlichen Alkoholkonsum.

- Das Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung wird gestärkt.
- Der Pro-Kopf-Konsum alkoholischer Getränke reduziert sich nach mehrjähriger Prävention.
- Es reduzieren sich auch die akuten Alkoholvergiftungen bei Jugendlichen.
- An Personen, die bereits unter Alkoholeinfluss stehen, wird weniger Alkohol ausgeschenkt.

Öffentliche Sicherheit:

- In der Öffentlichkeit wird weniger getrunken, wodurch auch die negativen Begleiterscheinungen des Alkoholkonsums zurückgehen.
- Das Sicherheitsgefühl der Bürger wird gestärkt.
- Öffentliche Sicherheit und Verkehrssicherheit werden verbessert.

Gemeinwesen:

- Die beteiligten Akteure arbeiten enger zusammen, sodass in den Kommunen ein präventives Netzwerk entsteht.
- Die Beteiligten identifizieren sich in hohem Maße mit den präventiven Maßnahmen.
- Die Kommune freut sich über den Imagegewinn.
- Die Kommune entwickelt neue Strukturen, um politische Projekte zu entwickeln und umzusetzen.
- Positive Synergieeffekte für andere Bereiche – zum Beispiel gepflegte Park- und Grünflächen sowie sichere Spielplätze.
- Kostenersparnis werden erreicht, weil Vandalismus und Gewalt zurückgehen.

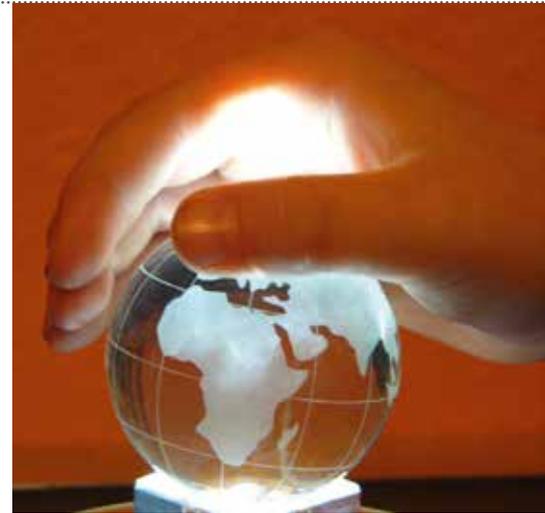


FOTO: HEINZ HIRSCH /PIXELIO.DE

VON DEN ERFAHRUNGEN ANDERER PROFITIEREN



FOTO: GG-BERLIN /PIXELIO.DE

Von Juli 2011 bis Dezember 2012 führte die LWL-Koordinationsstelle Sucht das Projekt „Lokale Alkoholpolitik – von den Besten lernen“ durch. Die Fachkräfte unterstützten Kommunen in Westfalen-Lippe dabei, eine umfassende Strategie zur Alkoholprävention zu erarbeiten. Teilgenommen haben sechs kreisfreie Städte, acht kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie fünf Landkreise. Das Projekt verfolgte den Ansatz, auf den Erfahrungen in der Schweiz (hier das Projekt der schweizerischen Gesundheitsstiftung RADIX) sowie in Baden-Württemberg (Projekt des Baden-Württembergischen Landesverbandes für Prävention und Rehabilitation) aufzubauen.

Die LWL-Koordinationsstelle Sucht begleitete die Kreise und Kommunen auf ihrem Weg zu einer Lokalen Alkoholpolitik. Sie stellte zudem eine Plattform zur Verfügung, auf der sich die Projektteilnehmer zusammen mit Präventionsexperten sowie Kommunen, die bereits Erfahrungen mit lokaler Alkoholprävention gesammelt hatten, austauschten.

Dabei verfolgte das Projekt ausdrücklich nicht den Ansatz, das Rad neu zu erfinden. Es ging vielmehr darum, von den Besten zu lernen (Stichwort: Best Practice) – wobei die LWL-Koordinationsstelle Sucht die Aufgabe übernahm, die Erfahrungen zu sammeln und zu bewerten sowie den Austausch zu moderieren.

ERFAHRUNGEN UND ERKENNTNISSE

Die Auswertung des Projekts zeigt: Es gibt Faktoren, die die Chancen, eine erfolgreiche Lokale Alkoholpolitik zu entwickeln und umzusetzen, begünstigen. Dazu zählen:

a) Motivation

Diese ist dann hoch, wenn Verwaltung und Politik das Konzept und die Ziele der Lokalen Alkoholpolitik akzeptieren und unterstützen.

b) Ressourcen

Entscheidend ist, dass für den Ansatz personelle, finanzielle, strukturelle, fachliche und organisatorische Ressourcen zur Verfügung stehen.

c) Fachwissen

Wichtig ist ein Know-how in den Bereichen Prozessteuerung, Organisationsentwicklung, Analyse, Evaluation, Dokumentation, Networking sowie in der universellen, selektiven und indizierten Prävention.

d) Beteiligung von Experten

Externe Experten sind Garanten dafür, dass sich die lokalen Akteure nicht überfordert fühlen – worunter die Motivation leiden würde. Sinnvoll ist professionelle Hilfe in den Bereichen Moderation, Steuerung, Analyse, Evaluation, Mediation, Politikentwicklung sowie bei der Auswahl der Präventionsmethoden.

e) Zeit

Um nachhaltig verankerte Projekte zu entwickeln, benötigt man Zeit. Zeitdruck hingegen geht zu Lasten des Engagements und der Motivation.

FOTO: LUPO /PIXELIO.DE



DIE STADT RASTATT

Der Gemeinderat der Stadt Rastatt beschloss im Dezember 2008 eine Beteiligung am Projekt „Lokale Alkoholpolitik“ und beauftragte seine Verwaltung mit einer entsprechenden Konzepterstellung. Bereits Ende 2009 konnten die ersten konkreten Maßnahmen umgesetzt werden. Arne Pfirrmann ist Bürgermeister der baden-württembergischen Stadt Rastatt und hat diesen Prozess begleitet:

Herr Pfirrmann, was hat die Stadt Rastatt bewogen, eine eigene Lokale Alkoholpolitik zu entwickeln und umzusetzen?

Arne Pfirrmann: Bei uns hatten Auswirkungen von Exzess-Trinken sowie von missbräuchlichem Alkoholkonsum im Zusammenhang mit Festen und im öffentlichen Raum zugenommen. Die Beschwerden über entsprechende Auswirkungen hatten sich gehäuft.

Wie hoch war und ist der Aufwand für die Stadt, diese Politik umzusetzen?

Arne Pfirrmann: Überschaubar. Wir können die Maßnahmen mit vorhandenen Mitteln und vorhandenem Personal umsetzen. Deutlich erheblicher ist der Aufwand für eine Kommune, wenn sie mit den Folgen von Alkoholexzessen umgehen muss. Auch dafür muss sie ja mit den vorhandenen Mitteln auskommen. Es ist daher vernünftig, vorhandene Ressourcen auch in die Prävention zu lenken.

Wie gestalten Sie die Lokale Alkoholpolitik konkret?

Arne Pfirrmann: In der Stadt sensibilisieren wir verstärkt die wichtigen Zielgruppen. Wir verknüpfen die Förderung von Vereinen mit Alkoholprävention und lassen von Jugendlichen Testkäufe in bestimmten Verkaufsstellen von Alkohol durchführen. Die Polizei fährt im Rahmen des „HaLT“-Projekts verstärkt Jugendstreifen bei Festen; bei Vereinsfesten müssen alkoholpräventive Auflagen erfüllt werden, bevor wir sie genehmigen. Weitere Maß-

nahmen sind Blaue Briefe für Jugendliche, die als Alkoholkonsumenten auffallen, die Einführung eines „Risiko-Checks“ bei Jugendlichen sowie Elterninfos.

Wie gelingt es Ihnen, dass die Bürger diese Politik akzeptieren und unterstützen?

Arne Pfirrmann: Wir haben durch den „Runden Tisch Alkoholpolitik“ Vertreter verschiedener Interessensgruppen eingebunden: den Einzelhandel und die Gaststätten, Vereine, Sozialverbände und die Kirchengemeinden. Der Gemeinderat hat dann über die Vorschläge des Runden Tisches beschlossen. Durch diesen Prozess entstand eine große Legitimation bei den Zielgruppen. Anfangs gab es durchaus skeptische Stimmen, doch mehr und mehr zeigen die Zielgruppen Verständnis. Sie unterstützten uns, weil es gelungen ist, sie für ihre Vorbildfunktion zu sensibilisieren.

Viele Kommunen fühlen sich für das Thema des gesundheitsschädigenden Alkoholkonsums mit seinen negativen Folgen nicht zuständig oder schlicht überfordert. Was entgegnen Sie dieser Einschätzung?

Arne Pfirrmann: Das ist keine Frage der Zuständigkeit, sondern eine Frage der Verantwortung. Wenn in einer Gesellschaft Dinge aus dem Ruder laufen, ist jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür verantwortlich, etwas dagegen zu tun. Jede Gemeinde ist vor allem für ihr Nicht-Tun verantwortlich, denn es sind ihre Kinder, Jugendliche, Heranwachsende und Erwachsene, die – zu einem gewissen Teil – Probleme haben. Diesen Menschen muss man entsprechend helfen. Man muss aber auch entsprechende Grenzen setzen und insbesondere verhindern, dass der Eindruck entsteht, die Kommune handle nicht. Es sind schließlich ihre Bürger, die die Auswirkungen von Alkoholmissbrauch und Alkoholexzess spüren. Wenn diese im öffentlichen Raum zunehmen und in Gewaltaktionen umschlagen, berührt dies das Sicherheitsgefühl der Bürger. All dies kann einer Kommune nicht gleichgültig sein.



FOTO: STADT RASTATT

WIR UNTERSTÜTZEN SIE

Wir von der LWL-Koordinationsstelle Sucht verstehen uns als Ansprechpartner für die Gemeinden, Städte und Kreise, die sich für die Entwicklung einer Lokalen Alkoholpolitik interessieren.

WAS BIETEN WIR AN?

Das Standardangebot bietet folgende Schritte:

1. Motivationsentwicklung

→ Wir vermitteln, warum eine Lokale Alkoholpolitik bedeutsam und notwendig ist.

2. Situationsanalyse und Bedarfserhebung

→ Wir steuern und begleiten diesen Prozess, vermitteln Methoden, führen Interviews und erheben Daten.

3. Moderation von Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen

→ Wir beraten und begleiten, wenn es darum geht, die Entwicklung im politischen Prozess voranzutreiben. Zudem beraten wir bei der Organisation und bieten Mediationen an, wenn es zu Konflikten kommt.

4. Fach- und Prozessberatung/-begleitung vor Ort

→ Wir unterstützen Verwaltung, Politik, Suchthilfe und bürgerliches Engagement bei der Entwicklung von Konzepten und Maßnahmen. Dies geschieht in Einzel- oder Gruppenberatungen.

5. Wissensmanagement

→ Wir stellen Materialien wie Handbücher, Studien sowie weitere Fachpublikationen zu Verfügung. Zudem unterstützen wir die Arbeit durch Kontakte und Anschlüsse an Netzwerke.

6. Organisation des Erfahrungsaustausches

→ Wir organisieren runde Tische, bei denen Fachleute aus der Alkoholprävention und den unterschiedlichen Beteiligten aus den Kommunen zusammenfinden.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe
LWL-Koordinationsstelle Sucht
Warendorfer Straße 27
48145 Münster

Tel.: + 49 251 591-3268

Fax: + 49 251 591-5499

E-Mail: kswl@lwl.org

7. Evaluation und Dokumentation

→ Wir helfen dabei, den Prozess zu evaluieren und zu dokumentieren, damit die Lokale Alkoholpolitik nachhaltig in der Kommune verankert werden kann.

Wichtig:

Wir verstehen unser Angebot als passgenaue Unterstützung. Wenn sich im Zuge des Prozesses in einer Kommune spezielle Fragen ergeben, ziehen wir weitere Experten hinzu.

WAS KOSTET DAS?

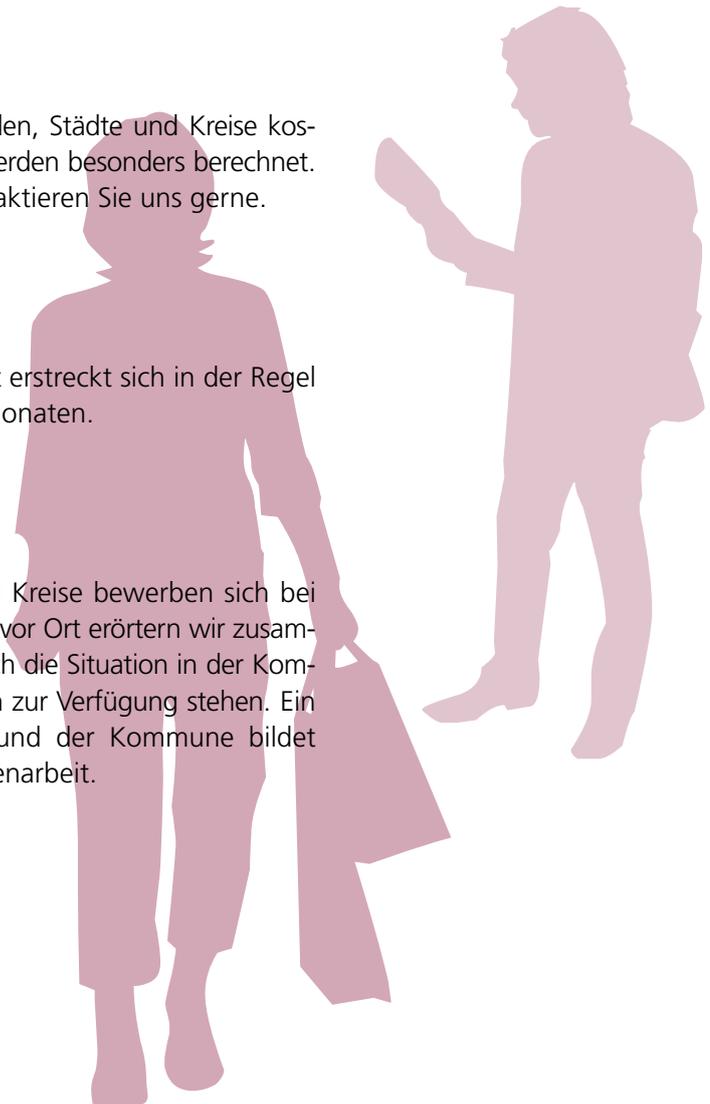
Das Standardangebot ist für Gemeinden, Städte und Kreise kostenlos. Eventuelle Sonderleistungen werden besonders berechnet. Wenn Sie hierzu Fragen haben, kontaktieren Sie uns gerne.

WIE LANGE DAUERT DAS?

Das oben skizzierte Standardangebot erstreckt sich in der Regel über einen Zeitraum von 12 bis 24 Monaten.

WIE KÖNNEN SIE MITMACHEN?

Interessierte Gemeinden, Städte und Kreise bewerben sich bei uns. In einem ausführlichen Gespräch vor Ort erörtern wir zusammen mit politischen Vertretern, wie sich die Situation in der Kommune darstellt und welche Ressourcen zur Verfügung stehen. Ein Kooperationsvertrag zwischen uns und der Kommune bildet dann die Grundlage für die Zusammenarbeit.



LINKS ZU WEITEREN INFORMATIONEN ÜBER ...

1

✿ LOKALE ALKOHOLPOLITIK

www.bw-lv.de
www.radix.ch
www.kommunale-suchtpraevention.de
www.diegemeindenhandeln2000-2007.ch
www.praevention.at
www.alkoholpolitik.de
www.alkoholpolitik.ch

2

✿ ALKOHOLPRÄVENTION

www.halt-projekt.de
www.klasse2000.de
www.kenn-dein-limit.info
www.kmdd.de
www.projekt-sem.de

3

✿ ERFOLGREICHE LOKALE PRÄVENTIONSPROJEKTE (Stichwort: Best Practice)

www.lebenpur.de
www.vollistout.de
www.b-free-rotary.de

4

✿ ALLGEMEINES ZUM THEMA SUCHT UND ALKOHOL

www.dhs.de
www.aktionswoche-alkohol.de
www.bzga.de

EINGRENZUNG VON PROBLEMFELDERN

	Eltern	Kinder < 14 Jahren	Jugendliche 14-18 Jahre	Junge Erwachsene 18-21 Jahre	21-30 Jahre	30-60 Jahre	> 60 Jahre
Orte: Privater Raum (Private Feiern ...)							
Öffentlicher Raum (z. B. Stadtteil, Parkanlagen)							
Vereine, Feste, Partys (z. B. Schützenfest, Blaulichtpartys, Vereinsfeiern) Gastronomie, Einzelhandel							
Diskotheken, Kulturbetriebe							
Jugendzentren, Stadtteilzentren							
Schulen, Kindergärten							
Andere Bereiche							
	Sachbeschädigung	Ruhestörung	Körperverletzung	Verunreinigungen	Suchtmittelkonsum	Mobbing	Seelische oder körperliche Gewalt

Angelehnt an und mit freundlicher Genehmigung von Radix, Schweiz.

ERHEBUNGSINSTRUMENTE FOGS

Die Erhebungsinstrumente finden Sie auch auf unserer Homepage unter:
http://www.lwl.org/LWL/Jugend/lwl_ks/Praxis-Projekte/lokale_alkoholpolitik/ergebnisse_produkte_lap

(Mögliche) Schlüsselpersonen

(Dokument 1)

Ebenen	Schlüsselpersonen
Kommunale/öffentliche Ebene	Stadtrat (evtl. mehrere verschiedene Personen) Gesundheitsamt Sozialamt Jugendamt (Tief-)Bauamt Ordnungsamt Schulbehörde/-amt Integrationsbeauftragte Polizei Justiz
Jugendarbeit und Fachstellen	Vertreter/innen von Hilfe- und Unterstützungsangeboten (z. B. Sucht- und Drogenberatungsstelle, stationäre Angebote) Jugendberatungsstelle Erziehungsberatungsstelle (Jugend-)Disco u. ä. gemeindliche und kirchliche Jugendarbeit Jugendtreff oder Jugendhaus Streetworker SHG (Blaues Kreuz etc.)

Ebenen	Schlüsselpersonen
KiTA, Schule und Familie	Schulleitung Lehrerschaft (Mittel- und Oberstufe) Schulsozialarbeit Schulpsychologischer Dienst Schülerparlament Eltern Elternpflegschaft Leitung der KiTA
Vereine und Freizeit	Sportvereine Musikvereine Freizeitangebote der Gemeinde, von Privaten, der Kirche Discoveranstalter, „Jugenddisco“ Festveranstalter „Quartiervereine“ betriebliche (Sport-)Vereine
Betriebe etc.	Wirt/in oder Gastroverband Einzelhandel Tanzlokalbetreibende u. ä. Kioskpersonal Firmen/Gewerbe Gewerbeverband/-verein
weitere Akteure	Ärzte Kirche Verbände von Migranten/Migrantinnen Presse

„ERHEBUNG DER IST-SITUATION IN DER KOMMUNE“

Erhebungsinstrument (Dokument 2)

Im Rahmen der Standortbestimmung („Erhebung der Ist-Situation“) sollen bezogen auf die Lokale Alkoholpolitik in der Stadt bzw. Gemeinde verschiedene Aspekte dokumentiert werden.

Mit diesem Erhebungsbogen können Probleme und Risiken in der Kommune („Ausgangslage“) und entsprechende initiierte Angebote und Maßnahmen, die dem Alkoholmissbrauch entgegenwirken, aus Ihrer Sicht erfassen werden.

Bitte beschreiben Sie die (Problem-)Felder bzw. Aktivitäten möglichst genau und differenziert. Der Fragebogen ist so aufgebaut, dass Sie mehrere (Problem-)Felder sowie Aktivitäten dokumentieren können. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Projektkoordinator/in / Projektleiter/in

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Name:

Funktion:

Institution:

Tel-Nr. (bei Rückfragen):

Bearbeiter/in des Fragebogens bzw. Interviewpartner/in:

Name:

Funktion:

Institution:

Tel-Nr. (bei Rückfragen):

Problemfeld 1: (Kurzbeschreibung)

1. Welche Personen/Personengruppen verursachen die Probleme (bitte ankreuzen)?

- Kinder im Alter bis 13 Jahre 13 bis 18 Jahre alte Jugendliche
 Erwachsene Senioren
 andere Gruppen, und zwar:

2. Was passiert genau (Beschreibung des Problems/der Probleme)?

.....
.....

3. Worin und wie äußert sich die Problematik
(z. B. Gewalt, Sachbeschädigung, Komasaufen)?

.....
.....

4. Wie viele Personen sind betroffen/beteiligt? Anzahl der Personen:

5. Wo treten die Probleme auf (bitte ankreuzen)?

- Gemeinde allgemein Arbeit und Betriebe
 Öffentlicher Raum Gastronomie etc.
 Jugendarbeit und Fachstellen Vereine und Freizeit
 Familie und Privatbereich Feste, Partys, Veranstaltungen
 Kindergarten und Schule
 andere Orte, und zwar:

6. Wie oft und wann treten die Probleme auf?

.....
.....

7. Wer beobachtet die Probleme?

.....
.....

8. Ergänzende Anmerkungen:

.....
.....

Problemfeld 2: (Kurzbeschreibung)

1. Welche Personen/Personengruppen verursachen die Probleme (bitte ankreuzen)?
- Kinder im Alter bis 13 Jahre 13 bis 18 Jahre alte Jugendliche
 - Erwachsene Senioren
 - andere Gruppen, und zwar:

2. Was passiert genau (Beschreibung des Problems/der Probleme)?

.....

.....

3. Worin und wie äußert sich die Problematik
(z. B. Gewalt, Sachbeschädigung, Komasaufen)?

.....

.....

4. Wie viele Personen sind betroffen/beteiligt? Anzahl der Personen:

5. Wo treten die Probleme auf (bitte ankreuzen)?
- Gemeinde allgemein Arbeit und Betriebe
 - Öffentlicher Raum Gastronomie etc.
 - Jugendarbeit und Fachstellen Vereine und Freizeit
 - Familie und Privatbereich Feste, Partys, Veranstaltungen
 - Kindergarten und Schule
 - andere Orte, und zwar:

6. Wie oft und wann treten die Probleme auf?

.....

.....

7. Wer beobachtet die Probleme?

.....

.....

8. Ergänzende Anmerkungen:

.....

.....

Angebote, Maßnahmen Ihrer Einrichtung/Institution 1:

1. Welche Angebote und Maßnahmen hält Ihre Einrichtung/Institution etc. in der Kommune vor, die dem Alkoholmissbrauch entgegenwirken sollen?

.....

.....

2. Für welche Personengruppe (bitte ankreuzen)?

- Kinder im Alter bis 13 Jahre
- 13 bis 18 Jahre alte Jugendliche
- Erwachsene
- Senioren
- andere Gruppen, und zwar:

3. Was wird gemacht, was passiert genau? Welche Zielsetzung wird verfolgt?

.....

.....

.....

.....

4. Zeigt das Angebot / die Maßnahme Wirkung?

.....

.....

Angebote, Maßnahmen Ihrer Einrichtung/Institution 2:

1. Welche Angebote und Maßnahmen hält Ihre Einrichtung/Institution etc. in der Kommune vor, die dem Alkoholmissbrauch entgegenwirken sollen?

.....
.....

2. Für welche Personengruppe (bitte ankreuzen)?

- Kinder im Alter bis 13 Jahre
- 13 bis 18 Jahre alte Jugendliche
- Erwachsene
- Senioren
- andere Gruppen, und zwar:

3. Was wird gemacht, was passiert genau? Welche Zielsetzung wird verfolgt?

.....
.....
.....

4. Zeigt das Angebot / die Maßnahme Wirkung?

.....
.....

Kennen Sie darüber hinaus weitere Aktivitäten oder Initiativen (bzw. Angebote und Maßnahmen) in der Kommune, die dem Alkoholmissbrauch entgegenwirken?

.....
.....

Wer ist der Anbieter bzw. Träger der Aktivität oder Initiative bzw. des Angebots/der Maßnahme?

.....
.....

Vielen Dank für das Ausfüllen des Bogens!

Bogen zur Erfassung (wesentlicher) Strukturmerkmale, Problemfelder und Angebotsstrukturen der Städte und Gemeinden im Bereich der Alkoholproblematik

(Dokument 3)

1. Name des Projektkoordinators/der Projektleitung:
2. Name der Stadt/Gemeinde:
3. Anzahl der Einwohner der Stadt/Gemeinde:
4. Anzahl Einwohner zwischen 10 und 18 sowie 19 und 25 Jahren:
5. Fläche der Gemeinde:
6. Anzahl von Suchtmittelkonsumenten/innen (sofern Daten aus der Gesundheitsberichterstattung oder anderen Quellen wie z. B. Auswertung jahresbezogener Angaben der Sucht- und Drogenhilfeeinrichtungen bzw. anderer einschlägiger Dienste und Einrichtungen, ggf. hilfsweise Umrechnung bundes-/landesweiter epidemiologischer Daten auf die örtlichen Verhältnisse):
 - Tabakkonsumenten
 - Alkoholkonsumenten
 - ...
 - ...
7. Derzeit relevante Problemfelder mit Blick auf den Alkoholkonsum von Jugendlichen bzw. anderer Personen (und damit verbundener Folgen) in der Stadt/Gemeinde:

8. Anzahl/Art der Dienste und Einrichtungen, Ämter etc., die sich mit ihren Angeboten bzw. Leistungen an Alkoholkonsument/innen richten bzw. sich mit Fragen und Problemen in Zusammenhang mit Alkoholkonsum und -missbrauch beschäftigen:

9. Anzahl/Art der Arbeitskreise bzw. anderer Gremien, die sich mit Fragen und Problemen im Zusammenhang mit Alkoholkonsum und -missbrauch auseinandersetzen:

Bogen zur Erfassung/Evaluation von einzelnen Maßnahmen/Aktivitäten

(Dokument 6)

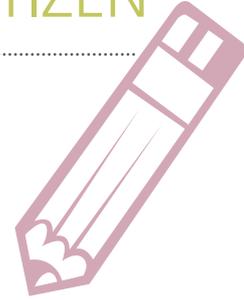
Name/Motto der Maßnahme bzw. Aktivität:

Planung der Maßnahme/Aktivität	
Träger der Maßnahme (Wer ist/war verantwortlich?)	
Zielgruppe(n) der Maßnahme	
Ziele der Maßnahme	
(genaue) Beschreibung der Maßnahme	
Mit wie vielen Teilnehmer/innen wird/wurde (bei der Planung) gerechnet?	
Durchführung der Maßnahme/Aktivität	
Beginn der Maßnahme (Monat/Jahr)	
Umfang der Maßnahme (z. B. Zeitraum, Anzahl der Tage bzw. der Treffen)	
Ende der Maßnahme (Monat/Jahr)	
Anzahl der Teilnehmer/innen	
Merkmale der Teilnehmer/innen (wenn möglich machen Sie bitte Angaben zu Alter und Geschlecht)	
Wurde die Maßnahme/Aktivität unterstützt (z. B. finanziell, Räume) und worin bestand diese Unterstützung?	

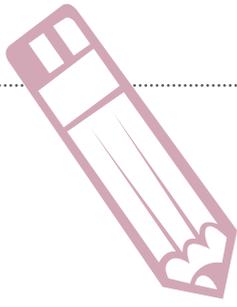
Nach Durchführung der Maßnahme: Welche Effekte bzw. Wirkungen der Maßnahme wurden – nach Ihrer Einschätzung – erreicht?

Weitere Anmerkungen zur Art der Maßnahme und ihrer Durchführung:

FÜR IHRE PERSÖNLICHEN NOTIZEN



A series of horizontal dotted lines providing space for personal notes.



A series of horizontal dotted lines for writing, consisting of 20 lines.

Die LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS) des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) begegnet dem wachsenden Rauschmittel- und



Drogenmissbrauch und der großen Zahl von Abhängigkeitserkrankungen durch Information, Beratung, Qualifizierung und richtungsweisende, präventive Modellprojekte. Ihren Service nutzen vor allem die mehr als 900 Einrichtungen und Initiativen der Suchthilfe in Westfalen-Lippe.



Die LWL-KS ist als Beraterin und Koordinatorin der Suchthilfe zentrale Ansprechpartnerin für Kommunen, Facheinrichtungen, LWL-Kliniken, Elternkreise oder Gremien – insbesondere auf regionaler, aber auch auf Bundes- und Europaebene. Die LWL-KS schult die Fachkräfte, erstellt praxistaugliche Arbeitshilfen, informiert über Forschungsergebnisse sowie die aktuelle Gesetzgebung und moderiert die kommunale Suchthilfeplanung.



Die LWL-Koordinationsstelle Sucht qualifizierte seit ihrer Gründung 1982 mehr als 21.400 Fachkräfte zu Suchtthemen in Fort- und Weiterbildungen. Dazu gehören Workshops und Fachtagungen sowie die berufsbegleitende Vermittlung von Fachwissen. Die LWL-KS bildet Beschäftigte in der Suchthilfe und angrenzenden Arbeitsfeldern unter anderem zu Suchtberatern oder Sozial-/Suchttherapeuten aus. Die von der LWL-KS konzipierten und erprobten Modellprojekte sind ein Motor für die Weiterentwicklung der Suchthilfe und Prävention – nicht nur in Westfalen-Lippe. Die Projekte bringen fortschrittliche Impulse in den Bereichen Prävention, Beratung und Behandlung.



Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) ist neben den Gemeinden, Städten und Kreisen Teil der kommunalen Selbstverwaltung in Westfalen-Lippe. Er übernimmt für seine Mitglieder, die 18 Kreise und neun kreisfreien Städte in Westfalen-Lippe, ausschließlich Aufgaben, die überregional fachlich wie auch finanziell effektiver und effizienter erledigt werden können. Schwerpunktmäßig liegen diese Aufgaben in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Jugend und Kultur. Der LWL wird durch ein Parlament mit 101 Mitgliedern aus den Kommunen kontrolliert.



LWL-KOORDINATIONSSTELLE

Sucht Fragen Sie uns
doch einfach.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe
LWL-Koordinationsstelle Sucht
Warendorfer Straße 27
48145 Münster

Tel.: +49 251 591-3268
Fax: +49 251 591-5499

E-Mail: kswl@lwl.org